



## Niederschrift

**über die 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
am Donnerstag, 07.04.2011, 18:00 Uhr  
Begegnungsstätte im Rathaus,  
Hauptstraße 24, 48346 Ostbevern**

### Anwesend:

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Aichner, Meinrad Dr.	
Brandt, Ulrich	
Breuer, Mathilde	
Eisel, Peter	
Erpenbeck, Wilhelm	
Füssel, Michael	ab TOP 5
Hagemeyer, Tobias	
Hermanns, Hubertus	anwesend für Herrn Michael Füssel bis TOP 5
Kock, Heinz	ab TOP 5
Läkamp, Karin	
Löckener, August	anwesend für Herrn Antonius Dieckmann
Neumann, Jochem	
Schindler, Joachim	
Wördemann, Hubert	
Zumhasch, Heinz-Josef	

<b>von der Verwaltung</b>	
Kock, Erwin	Schriftführer
Nünning, Heinz	
Stegemann, Hubertus	

### Es fehlt entschuldigt:

<b>Ausschussmitglied</b>
Dieckmann, Werner

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1. Eröffnung der Sitzung**

*BM Schindler* eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### **2. Bestimmung des Schriftführers**

*VA Kock* wird zum Schriftführer dieser Sitzung bestimmt.

### **3. Feststellung der Befangenheit**

Befangenheit wird nicht festgestellt.

### **4. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Anfragen gestellt.

### **5. Bericht des Bürgermeisters**

#### **1. Aufstellung von Betonkegeln auf der Geschwister-Scholl-Straße jeweils in den Einmündungsbereichen der Bonhoefferstraße**

Die Pflasterflächen auf der Geschwister-Scholl-Straße in den Einmündungsbereichen jeweils zur Bonhoefferstraße suggerieren den Eindruck, als handele es sich um ausgewiesene Stellplätze. Die Flächen werden regelmäßig beparkt, wodurch zum einen die Sicht stark eingeschränkt wird und zum anderen keine ausreichende Bewegungsfläche mehr für Müllfahrzeuge und Rettungsfahrzeuge verbleibt. Generell ist das Parken vor und hinter Kreuzungen und Einmündungen bis zu 5 m von den Schnittpunkten der Fahrbahnkanten untersagt. In Abstimmung mit dem Straßenverkehrsamt des Kreises Warendorf werden in den Einmündungsbereichen in den nächsten Tagen Betonkegel (sog. „Westfalenspoler“) aufgestellt, um dieses zu gewährleisten.

Mit dieser Maßnahme wird vorab ein Punkt aus dem SPD-Antrag vom 05.10.2010 umgesetzt, in dem auf die mangelnde Beachtung der Rechts-vor-Links-Regelung und die Position der Parkplätze vor den Einmündungen der Bonhoefferstraße hingewiesen worden ist

Nach Fertigstellung der durch das Ingenieurbüro nts vorgenommenen Klassifizierung der Gemeindestraßen werden zu den weiteren Punkten aus dem SPD-Antrag bis zur Sommerpause in einer Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses konzeptionelle Vorschläge unterbreitet.

## 2. Feuerwehbeschaffungskartell zulasten der Städte und Gemeinden

Das Bundeskartellamt hat im Februar 2011 Bußgelder in einer Gesamthöhe von 20,5 Mio. Euro gegen drei Hersteller von Feuerwehrlöschfahrzeugen unter anderem wegen verbotener Preisabsprachen seit 2001 zulasten von Kommunen verhängt.

Bei den drei Unternehmen handelt es sich um die Albert Ziegler GmbH & Co. KG, Giengen an der Brenz, die Schlingmann GmbH & Co. KG, Dissen, sowie die Rosenbauer-Gruppe mit Standorten in Luckenwalde und Leonding/Österreich. Gegen einen vierten Hersteller läuft das Verfahren noch.

Durch die verbotenen Preis- und Quotenabsprachen ist vielen Kommunen ein finanzieller Schaden entstanden.

Die Gemeinde Ostbevern hat seit 2001 zwei Löschfahrzeuge bei einer der beteiligten Firmen erworben. Bei dem LF 16/12, das im Jahr 2003 erworben worden ist, handelt es sich um ein Vorführfahrzeug. Bei der Beschaffung ist kein Schaden entstanden. Des Weiteren ist im Jahr 2005 ein HLF 20/16 gekauft worden. Den Zuschlag für den Aufbau hat eine der beteiligten Firmen erhalten. Für die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen müsste ein evtl. entstandener Schaden mittels eines Gutachtens ermittelt werden.

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen hat im Rahmen einer Fachtagung Mitte März in Bad Sassendorf die Kommunen über die rechtliche Lage informiert. Für Mitte April steht ein Gesprächstermin mit den Kartellanten an.

Auch im Hinblick auf laufende und künftige Auftragsvergaben erhoffen sich die Kommunen rechtliche Klarstellung. Die Ausschreibung des in diesem Jahr zu beschaffenden LF 10/6 ist aus diesem Grunde derzeit noch nicht erfolgt. Die

Vergabekammer Niedersachsen hat erst Ende März eine Auftragsvergabe bei Feuerwehrfahrzeugen aufgrund mangelnder vergaberechtlicher Zuverlässigkeit gestoppt. Vor der Ausschreibung muss sichergestellt sein, dass die Gemeinde nicht durch ggf. unzureichende Selbstreinigungsmaßnahmen der Kartellanten in kostenträchtige und langwierige Vergabenachprüfungsverfahren gezogen wird.

### 3. Vorwahl für den Krankentransport ab Juni erforderlich

Wenn Bürger oder Arztpraxen einen Krankentransport mit rettungsdienstlichem Fachpersonal anfordern, nutzen sie dazu die zentrale Rufnummer 19222. Unter dieser Nummer ist die Feuerschutz- und Rettungsdienstleitstelle des Kreises Warendorf bisher aus allen Orten ohne Vorwahl erreichbar gewesen. Ab dem 1. Juni 2011 ändert sich dieses jedoch. Dann ist zusätzlich die Warendorfer Vorwahl erforderlich: 02581/19222. Lt. Information des Kreises Warendorf ist diese Lösung kostengünstiger.

Die zentrale Notfalldienstnummer lautet 0180/5044100. Bei lebensbedrohlichen Notfällen gilt weiterhin die Telefonnummer 112.

### 4. Leistungen für Bildung und Teilhabe

In der letzten Sitzung des Schul-, Sozial- und Familienausschusses am 24.03.2011 habe ich über die Leistungen und Leistungsberechtigten des vom Bundestag und Bundesrat beschlossenen Bildungs- und Teilhabepaket berichtet.

Nach wie vor sind Fragen für Kindergeld- und Wohngeldbezieher zur Umsetzung des Gesetzes und vor allem zur Finanzierung ungeklärt. Nach dem derzeitigen Stand ist die Zuständigkeit für den Personenkreis der Leistungsempfänger nach dem SGB XII und der Asylbewerber bei den Städten und Gemeinden. Die Zuständigkeit für die Empfänger von „Hartz-IV-Leistungen“ wird bei den Jobcentern liegen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Antragsvordrucke in den Anlaufstellen des Jobcenters und im Sozialamt – auch für die Anspruchsberechtigten nach dem Wohngeldgesetz und dem Zuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz – bereit liegen.

## 5. SGB-II-Neuorganisation

Der Kreis Warendorf hat – wie der Presse bereits zu entnehmen war - den Zuschlag für die Option, d. h. für das kommunale Jobcenter, erhalten. Damit darf der Kreis ab 01.01.2012 die Betreuung der „Hartz-IV-Empfänger“ eigenverantwortlich vornehmen.

Eine Delegation von Aufgaben nach dem SGB II auf die Städte und Gemeinden des Kreises wird nicht erfolgen. In allen 13 Kommunen wird es – wie bisher – Anlaufstellen geben, damit die ortsnahe Aufgabenerledigung erhalten bleibt.

Die Gemeinde Ostbevern wird den Kreis Warendorf bei der Neuorganisation unterstützen.

## 6. Integriertes Handlungskonzept

Der Umwelt- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 23.11.2010 entschieden, zur Steuerung der zukünftigen Entwicklung des Ortskerns ein „integriertes Handlungskonzept“ erstellen zu lassen. Ein solches Handlungskonzept ist Bedingung, um Mittel der Städtebauförderung des Bundes und des Landes zu erhalten. Da sich möglichst alle Bürger am Ende mit den Ergebnissen des Konzepts identifizieren sollen, ist ein mehrstufiges Beteiligungsverfahren der sachkundigen und betroffenen Öffentlichkeit vorgesehen.

In einem ersten Schritt wird ein sog. „Runder Tisch“ mit ca. 20 Teilnehmern durchgeführt. Dieser findet statt am Dienstag, 3. Mai 2011, 19.00 Uhr im Edith-Stein-Haus. Die Fraktionsvorsitzenden erhalten hierzu eine schriftliche Einladung. Des Weiteren werden Vertreter wichtiger Interessengruppen und der Verwaltung an diesem Arbeitskreis teilnehmen.

In einem weiteren Schritt wird ein „Langer Tisch“ durchgeführt. In diesem Arbeitskreis werden Immobilieneigentümer, Standortbetreiber und Bewohner des Ortskerns Informationen sammeln, Probleme vertiefen und Handlungsansätze definieren.

Der „Lange Tisch“ wird am Mittwoch, 11. Mai 2011, um 19.00 Uhr in der Begegnungsstätte stattfinden. Hierzu sind Sie alle herzlich eingeladen.

## 7. Umbaumaßnahmen Begegnungszentrum „Lienener Damm“

Hinsichtlich des Einbaus eines strapazierfähigen Sportbodens in der Halle des ehemaligen Umspannwerkes gibt es offene Fragen zwischen den Vereinen „Startbahn Ostbevern e. V.“ und dem „Jugendwerk Ostbevern e. V.“

Ich habe die Vereinsvorsitzenden, Herrn Läkamp und Herrn Stöcker, morgen, 08.04.2011, zu einem Gespräch ins Rathaus eingeladen. Mir ist es ein großes Anliegen, dass eine Übereinstimmung erzielt wird, damit sowohl „Startbahn“ als auch dem Jugendwerk in dieser Halle erfolgreich Jugendarbeit für die Jugendlichen unserer Gemeinde leisten können.

In der Sitzung des Gemeinderates am 12.04.2011 werde ich unter dem Tagesordnungspunkt „Begegnungszentrum“ über das Ergebnis des morgigen Gesprächs berichten.

Nach Erörterung stellt *AM Neumann* für die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN den Antrag keine Fakten zu schaffen und bis zur Sitzung des Rates am 12.04.2001 den Bodenbelag noch nicht zu verlegen.

Über den Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 10-Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

## 8. Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes / Einführung Wertstofftonne

Das Bundeskabinett hat am 30.03.2011 den Entwurf zur Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes beschlossen. Der Entwurf wird nun dem Bundestag und danach dem Bundesrat zugeleitet.

Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz schafft u. a. die Rechtsgrundlage für die Einführung einer „einheitlichen Wertstofftonne“. Danach sollen Haushalte künftig Verpackungen und sonstige Abfälle aus den gleichen Materialien, also beispielsweise aus Plastik oder Metall, in einer einheitlichen Wertstofftonne entsorgen können. Praxistaugliche Konzepte zu Organisation, Trägerschaft und Finanzierung sollen in Form einer Verordnung oder gegebenenfalls in einem eigenständigen Gesetz in einem gesonderten Verfahren verabschiedet werden.

Im Rahmen der Resolution, die der Gemeinderat am 16.12.2010 verabschiedet hat, wurde bereits darauf hingewiesen, dass es als sehr kritisch angesehen wird, dass den Kommunen so ggf. weiterer Müll entzogen wird. Die Bürgerinnen und Bürger werden so um die Gebührenvorteile gebracht, wenn die lukrativen Bestandteile des Abfalls auf eigene Rechnung durch Private verwertet werden und die Kommunen lediglich die unverwertbaren Abfälle zu entsorgen haben. Im Ergebnis werden die Müllgebühren dann zwangsläufig steigen.

## **6. Berichte aus den Gremien**

Es werden keine Berichte abgegeben.

## **7. Bürger- und Fraktionsanträge**

### **7.1. Neuordnung des Zuschnitts von Ratsausschüssen**

#### **- Antrag der SPD-Fraktion**

#### **Vorlagen: 2011/051 und 2011/051/1**

*AM Eisel* begründet für die SPD-Fraktion den Antrag unter anderem mit einer besseren und sinnvolleren Aufgabenverteilung und verweist auf interfraktionelle Gespräche hierzu.

Auf Anfrage von *AM Neumann* weist *GVR Stegemann* darauf hin, dass die Art und Zusammensetzung der Ausschüsse und die Änderung der Zuständigkeitsordnung mit der Mehrheit der Stimmen gefasst werden muss. Die personelle Zusammensetzung der Ausschüsse wird durch die Fraktionen bei Nichteinigung nach dem Hare-Niemeyer-System bestimmt. Die Vorsitze in den Ausschüssen werden bei Nichteinigung der Fraktionen nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren bestimmt.

*AM Kock* erklärt, dass die Fraktion „Bündnis 90/Die GRÜNEN“ dem Antrag nicht zustimmen wird. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich die Fraktionen vorher hierüber geeinigt hätten.

Für die CDU-Fraktion erklärt *AM Brandt*, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen wird., gleichwohl aber bei der Beratung über die zu ändernden Zuständigkeiten zusätzliche Aspekte einbringen wird.

*AM Dr. Aichner* teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion sich vorab interfraktionelle Gespräche gewünscht hätte.

Auf Vorschlag von *AM Neumann* sind die Ausschussmitglieder damit einverstanden, die Angelegenheit von der Tagesordnung abzusetzen und zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln.

## **7.2. Resolution zur Stärkung der Finanzen der Kommunen**

### **- Antrag der SPD-Fraktion**

#### **Vorlage: 2011/055**

*AM Eisel* begründet den Antrag der SPD-Fraktion und weist darauf hin, dass die Selbstverwaltung der Kommunen gestärkt werden muss. Die Resolution soll sowohl an die Bundesregierung als auch an die Landesregierung gesandt werden.

Für die CDU-Fraktion teilt *AM Brandt* mit, dass die Resolution zu allgemein gehalten ist.

Nach weiterer Beratung wird folgender Empfehlungsbeschluss gefasst:

Die als Anlage 1 beigefügte Resolution wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei 6 Enthaltungen

## **8. Straßenbenennung im Baugebiet Wischhausstraße**

### **Vorlage: 2011/054**

*AM Brandt:*

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde darüber diskutiert, in einem anderen Baugebiet eine Straße nach „Franz Liszt“ zu benennen.

*BM Schindler:*

Der Beschluss, den neuen Stichweg „Ravel-Weg“ zu nennen, wurde bereits im Jahre 1996 gefasst. Allerdings ist in dem Baugebiet Wischhausstraße weiter nördlich ein weiterer Stichweg geplant, der „Franz-Liszt-Weg“ genannt werden könnte.

*BM Schindler:*

Die Pfarrer-Harrier-Straße im Ortsteil Brock wird verlängert. Es ist geplant, die Häuser weiter durchzunummerieren und keinen neuen Straßennamen zu bilden.



Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Regelung einverstanden.

Es wird folgende Beschlussempfehlung gefasst:

Der im Zuge des Baugebietes Wischhausstraße südliche Stichweg wird Ravel-Weg genannt. Der nördliche in Richtung Schlingmann gelegene Stichweg wird Franz-Liszt-Weg genannt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

## **9. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung**

*AM Neumann und AM Brandt:*

Wir haben eine Einladung zu einem Gedankenaustausch der kulturtragenden Vereine und Gruppen am 11.04.2011 erhalten. Aufgrund anderweitiger Termine (Fraktionssitzung) ist es uns nicht möglich, an dem Termin teilzunehmen.

*BM Schindler:*

An diesem Termin sollen keine wichtigen Beschlüsse gefasst werden. Es handelt sich um einen „Kennenlern-Termin“. Wir werden zukünftig Rücksicht auf die Fraktionstermine nehmen.

*AM Dr. Aichner* spricht sich gegen eine Verschiebung des Termins aus.

Nach weiterer Diskussion erklärt sich *BM Schindler* damit einverstanden, den Termin zu verschieben.

Auf Anfrage von *AM Füssel* teilt *BM Schindler* mit, dass die Einsatzzahlen der First-Responder in Ostbevern, besonders in den späten Abendstunden, steigen. Aus diesem Grunde ist beabsichtigt, die Rettungswache in Ostbevern zukünftig bis 22.00 Uhr zu besetzen. Hierzu wird jedoch ein Gutachten, das von den Krankenkassen in Auftrag gegeben wurde, abgewartet. Ob eine 24-Stunden-Wache eingerichtet wird, wird sich zeigen.

---

Joachim Schindler  
Bürgermeister

---

Erwin Kock  
Schriftführer

## **Anlage**

- 1 Resolution zur Stärkung der Finanzen der Kommunen

Die Anlage wurde bereits übersandt.